

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 7-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bekämpft die Teuerung!

Taten statt großer Worte.

Die Preisentwertung des Herrn Dr. Luther, die per 1. Oktober d. J. in Kraft treten soll, befindet sich immer noch im Stadium der Beratungen und Ermüßigungen. Was die Reichsregierung und die Verbände bisher zur Preisentwertung zu sagen wußten, wirt so, als ob man einen Krieg mit geschriebenen oder gedrucktem Papier gegen eine Preisbildung zu führen suchte, die sich um die Elabore von Syndici ebensowenig kümmert wie um diejenigen von Geheimräten. Die Arbeiterschaft könnte an diesem ganzen Treiben achlos vorbeigehen, wenn nicht ihr eigenes Wohl von der Preisbildung und von der Gestaltung des Reallohnes in geradezu entscheidender Weise abhinge und wenn es nicht Mittel gäbe, einer unbegründeten starken Teuerung entgegenzutreten. Tatsächlich sind die meisten Industriezölle sogenannte „autonome“ Zölle. Sie werden und sollen auf die Dauer nicht in Kraft bleiben, sie sind vielmehr dazu bestimmt, durch Handelsverträge herabgesetzt zu werden. Es ist vollkommen unnütz, eine solche Herabsetzung von den Getreidezöllen zu erwarten, denn hier besteht eine bindende Abrede innerhalb der Parteien des Rechtsbunds, die dahingehende Zölle nicht zu ermäßigen. Auch die Mindestzölle auf Fleisch und Vieh sind ja dank der intensiven Tätigkeit der Deutschnationalen in der Zollgesetzgebung des Reiches „verankert“. Loggen sind alle anderen Zölle nur für eine Uebergangszeit berechnet und es wäre der denkbar schwerste Fehler, wenn das Preisniveau sich auf diese Hochschutzzölle einstellen würde. Um zu wissen, wie man dem entgegenzutreten kann, müßte einmal eine scharfe Preiskontrolle unter Mitwirkung der Verbraucher aufrechterhalten werden. Der Abbau der Preisprüfungsstellen wäre ebenso wie die Beseitigung der Buchergesetzgebung im gegenwärtigen Augenblick ein Verbrechen an der Volkswirtschaft. Auch die geplanten Eingriffe in die Praxis der Kartelle und deren Preis- und Lieferungsbedingungen könnte einigen Erfolg versprechen, wenn sie nicht nur auf dem Papier stehen bleiben.

Unsere ganzen Kartellverträge wimmeln noch von Konditionen, die echte Blüten der Inflationszeit sind und mit ihren Risikozuschlägen Verteuerungsfaktoren ersten Ranges darstellen. Wir verwollen nur auf die verschiedensten Vereinigungen der Markenfabrikanten, die tatsächlich, wie ja die Veröffentlichungen der Kartellstelle der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion des öfteren nachgewiesen haben, auf die Preisbildung und den Detailhändler einen unerhörten Terror ausüben, um ihre übersehten Preise zu halten und durchzusetzen. Es ist auch nachgerade an der Zeit, daß man sich ernstlich mit dem Bankenkartell beschäftigt, um endlich mit den Bucherzinsen und Bucherprovisionen Schluss zu machen. Dabei wäre es durchaus angebracht, wenn die Reichsregierung in Verbindung mit der Reichsbank Mittel und Wege suchen wollte, um die gegenwärtige Vertrauenskrise in der Wirtschaft zu beenden. Diese Krise resultiert daraus, daß gewisse Firmen, trotzdem sie zahlungsfähig sind, Zahlungsunfähigkeit vortäuschen und eben gar nicht oder nur stoßend zahlen. Wie es heißt, soll auf die Reichsbank eingewirkt werden, daß sie nur solchen Verbänden oder Firmen Kredite gewährt, die ihren Zahlungsverpflichtungen pünktlich nachkommen. Weiter denkt man daran, Möglichkeiten zu schaffen, um die Einklagen von Verzugszinsen schneller zu ermöglichen. Zweifelhaft ist, ob man hier nicht zu drastischeren Mitteln greifen muß, um die Bereinigung in der Produktion und im Handel zu fördern.

Geradezu lächerlich aber ist es, wenn eine halbamtliche Mitteilung die Sache so darstellen will, als wenn es möglich wäre, bei einer Fernhaltung der billigeren Ware des Auslandes im Inland eine ausreichende Konkurrenz zur Niedrighaltung der Preise herzustellen. Diese Auffassung trägt geradezu von Weltfremdheit in einem Lande, in dem das Kartellwesen so hoch entwickelt ist wie in Deutschland. Nun gibt es eine ganze Reihe von Waren, bei denen es mit der Einführung der Zölle gar nicht eilig ist, weil die heute eingeführten Rohstoffe und Halbfabrikate infolge einer langwierigen Verarbeitung erst nach vielen Monaten im Preise des Fertigfabrikates auszufließen pflegen. Die Schuhe, die im nächsten Frühjahr zum Verkauf kommen werden, enthalten alle noch zollfrei eingeführtes Leder. Ähnliche Beispiele kann man in der Textilindustrie finden. Bei gutem Willen müßte es möglich sein, die Inflation der Zölle für solche Waren, die zum Teil für die Lebenshaltung der breiten Massen von großer Bedeutung sind, noch um einige Monate hinauszuschieben, zumal die im Zollgesetz enthaltene Ermäßigung an die Reichsregierung dieser dazu das Recht gibt. Damit würde auch dem ungehemmten Treiben der Kartelle ein Hindernis entgegengesetzt; diese könnten sich nicht mehr beliebig ausbreiten. Unjännig aber ist es, zu glauben, daß die Industrieverbände auf die Möglichkeit einer Preisentwertung verzichtet werden, wenn die Voraussetzungen dafür gegeben sind.

Schließlich gehört in den Rahmen einer Preisregulierung die Beseitigung jener gesetzlichen Bestimmungen, die nur eine Prämissen für den unfähigen und zahlungsfaulen Unternehmer darstellen. Das ist vor allem die geradezu berüchtigte Geschäftsaufsichtsverordnung, die bewirkt hat, daß noch heute, in der Zeit größter Kredit- und Kapitalnot Millionen und aber Millionen Mark nicht aus den Warenbeständen herausgezogen werden können, die heute von Tausenden von zahlungsunfähigen Firmen festgehalten werden.

Weiter erwartet die Öffentlichkeit, daß die geplante Ermäßigung der Umsatzsteuer unverzüglich in einer Senkung der Preise zu Tage tritt. Bekanntlich blieb die letzte Reform der Umsatzsteuer ohne jede Wirkung auf das Preisniveau. Wenn die Regierung es wirklich ernst mit ihrer Preisentwertung meint, soll sie doch einmal die vielen Eingaben der Unternehmerverbände veröffentlichen, in denen die Auswirkungen der Umsatzsteuer auf den Preis dargelegt werden, damit die Öffentlichkeit einmal ein klares Bild darüber bekommt, in welchem Maße eigentlich der Preis durch die Ermäßigung der Umsatzsteuer zu sinken ist. Es dürfte sehr leicht sein, daß eine objektive Stelle wie das Reichsstatistische Amt periodisch eine Zusammenstellung über die Entwicklung der Erzeuger-, Großhandels- und Kleinhandelspreise seit dem Kriege publiziert. Wenn diese Publikation in den Tageszeitungen an hervorragender Stelle wiedergegeben würde, so dürfte sie eine „Käuferkontrolle“ der Preise ermöglichen. Nehmliche Wege würden sich gegenüber dem Leistungswucher, der durch ein zünftlerisches Innungswesen gefördert wird, empfehlen. Auch auf dem Gebiete des Submissionswesens müssen wir schnell zu gesetzlichen Maßnahmen kommen, damit einer Preistreibelei ein Ende gemacht wird, die zum Himmel schreit. Die sozialistische Regierung in Norwegen sieht z. B. in dem Entwurf eines „Gesetzes betreffend Kontrolle von Konkurrenzbeschränkung und Preismissbrauch“ eine Bestimmung vor, darüber Auskunft zu geben, ob er sich irgendwie über Preis und Bedingungen mit anderen Unternehmern verständigt hat. Eine ähnliche Maßnahme wäre unbedingt für Deutschland erforderlich.

Dieses sind einige Wege. Es ist Pflicht, auf sie hinzuweisen, da die Arbeiterschaft ein Interesse daran hat, daß sie beschritten werden. Auf die Lohnkampftaktik aber können die ganzen Pläne der Regierung keinen Einfluß ausüben, wenn nicht die Vorbereitung der Lohnkämpfe und der Teuerung beseitigt wird, und diese ist das Zollgesetz.

Hamburg, 25. August. (W.B.) Das Anziehen der Preise wichtiger Lebensmittel hat auch in Hamburg Beachtung der Behörden gefunden. Die Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe setzte zusammen mit den Wirtschaftskammern einen Ausschuss zur Prüfung des Umfangs und der Ursache der Teuerung ein. Die erste Ausschusssitzung, bei der mit Verfeindeten festgesetzt wurde, daß die geladenen Mitarbeiter aus der Detailisten- und Gewerbestammer nicht erschienen waren, (1) befahte sich mit der Kartellfrage, der Prüfung der hiesigen Marktverhältnisse und insbesondere mit den Fleisch-, Gemüse- und Milchpreisen.

Kabinettsberatungen.

Amlich wird gemeldet:

In der heutigen Sitzung des Reichskabinetts wurde der Wortlaut der französischen Antwortnote über die Sicherheitsfrage zur Kenntnis genommen und grundsätzlich erörtert. Die Einzelberatung findet morgen nachmittags statt. Die Beratung der übrigen Angelegenheiten der heutigen Tagesordnung, insbesondere auch der Maßnahmen betr. die Preisbildung, dauert noch an.

Das Sanktionsgebiet befreit.

Abmarsch der letzten Besatzungstruppen.

Düsseldorf, 25. August. (Eigener Drahtbericht.) Kurz vor 9 Uhr wurde heute vormittag vor dem Schloß Jägerhof eine feierliche Parade der französischen Besatzung veranstaltet, bei der nach einer Ansprache des kommandierenden Generals die Tricolore heruntergeholt wurde. Unmittelbar darauf zogen sich die französischen Truppen, und zwar das Infanterieregiment 168 und die Kavalleriebrigade 21 in Bewegung und rückten über die Rheinbrücke in Richtung Ober-Cassel aus Düsseldorf ab. Die militärische Räumung Düsseldorfs war damit am Dienstag vormittag um 9,45 Uhr vollzogen. Der Abzug der Truppen fand bei trübem Wetter und unter völliger Teilnahmslosigkeit der Bevölkerung ohne Zwischenfall statt.

Duisburg, 25. August. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag vormittag um 9,20 Uhr ist das belgische Infanterieregiment 14 aus Duisburg in Richtung Homberg abgerückt. Die militärische Räumung Duisburgs war 9,30 beendet. Das bisher in Duisburg stationierte belgische Infanterieregiment ist in Homberg nach Crefeld verladen worden, wo das Regiment vorläufig verbleibt. Die bisher in Crefeld liegenden belgischen Truppen sind im Laufe des Dienstag vormittag nach Belgien abtransportiert worden. Die Räumung Duisburgs vollzog sich ohne Zwischenfall. Das gesamte Sanktionsgebiet gilt ab Mitternacht besatzungsfrei. Der Tag der Befreiung wird um 12 Uhr nachts mit Glockengeläute von sämtlichen Kirchtürmen des befreiten Gebietes begrüßt werden.

Berichtigung. In unserer heutigen Morgenausgabe hat sich in die Meldung über die Austritte aus der Berliner Zentrumspartei ein bedauerlicher Druckfehler eingeschlichen. Es ist darin die Rede von der Verständigungslosigkeit des Reichstagsabgeordneten Joon, während der Reichstagsabgeordnete Groß gemeint ist. Der Abgeordnete Joon gehört bekanntlich zum linken Flügel des Zentrums.

Vergessen oder...?

Vergebliches Warten auf Rentenerhöhung.

Von August Karsten.

Die Witwen und Waisen, die aus der Invalidenversicherung Rente beziehen, rechnen immer noch damit, daß auch sie die Steigerungsbeträge zu ihren Renten erhalten, die seit dem 1. April 1925 in Kraft getreten sind. Die Witwen und Waisen warten leider vergebens! Das Gesetz, das im März d. J. im Reichstage zur Beratung stand, erhielt seine Fassung durch einen Antrag der Regierungsparteien. Dieser Antrag berücksichtigte nur in ganz verschwindendem Maße die Forderungen der Sozialdemokraten, die den Wünschen der Invalidenrentner Rechnung tragen sollten. Das von den Regierungsparteien gemachte Gesetz sieht Steigerungsbeträge zu den Renten vor für die Beiträge, die bis zum 30. September 1921 und nach dem 31. Dezember 1923 geleistet sind. Die Regierungsparteien haben aber dabei gesagt, daß auch die am 1. April d. J. laufenden Invaliden-, Kranken- und Altersrenten die Steigerungsbeträge bekommen. Damit haben sie die Witwen und Waisen, deren Renten am 1. April d. J. schon liefen, von dem Bezuge der Steigerungsbeträge ausgeschlossen. Lediglich jene Witwen und Waisen, deren Renten ab 1. April 1925 festgesetzt werden, haben ein Anrecht auf Steigerungsbeträge für Beiträge, die der Verstorbene in früheren Jahren geleistet hat.

Die Witwen und Waisen, deren Renten vor dem 1. April 1925 festgesetzt sind, erhalten lediglich den Grundbetrag. Dieser beträgt unter Berücksichtigung der Rentenänderung ab 1. August 1925 für die Witwen 8,40 + 6 M. Reichszuschuß = 14,40 Mark und für die Waisen 7 und 3 Mark Reichszuschuß = 10 Mark pro Monat. Durch dieses Gesetz ist eine völlig ungedeckte Trennung eingeführt. Die Witwen, deren Rente am 31. März 1925 festgesetzt ist, erhalten keine Steigerungsbeträge, die beispielsweise bei 1000 Wochenbeiträgen in der höchsten Klasse für die Witwen 4,20 Mark monatlich betragen würden. Die Witwen aber, deren Rente am 1. April 1925, also einen Tag später, festgesetzt ist, würden diese Steigerungsbeträge erhalten. Als mit der Schaffung der Reichsversicherungsordnung die Witwen- und Waisenrente eingeführt wurde, wurden diejenigen Witwen und Waisen vom Rentenbezuge ausgeschlossen, deren Mann resp. Vater nach dem Jahre 1911 keinen Beitrag mehr geleistet hat, weil er entweder bereits gestorben oder schon invalide gewesen ist. Noch heute gibt es eine ganze Anzahl Witwen, die wegen dieser Bestimmung nicht in den Genuss einer Rente kommen. Im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages wurde wiederholt dieser Zustand als unzulässig bezeichnet. Diese Witwen wurden dann in der Fürsorge dadurch bevorzugt, daß man sie zu den Kleinrentnern zählte. Jetzt ist nun für einen weit größeren Kreis als damals ein neues Unrecht geschaffen.

Ein weiterer Fall krasser Ungerechtigkeit ist bei der letzten Änderung der Invalidenversicherung eingetreten. Bekanntlich sind die Renten ab 1. August d. J. auf Grund von Anträgen der Sozialdemokraten erhöht. Die Erhöhung beträgt 4 Mark für die Invalidenrente, 2,40 Mark für die Witwenrente und 2 Mark für die Waisenrente monatlich, außerdem 20 Prozent statt 10 Prozent Steigerungsbetrag für Beiträge nach dem 31. Dezember 1923 und 4,50 (von 3 auf 7,50 Mark) für das das Kindergeld. Diese Rentenerhöhung kam dadurch zustande, daß die Sozialdemokraten bei der Beratung der Angestelltenversicherung verlangten, in dieses Gesetz auch gleichzeitig die Invalidenrente mit einzubeziehen. Bei der sehr überhasteten Beratung im Ausschuss wurde die Schaffung einer Bestimmung außer acht gelassen über das Inkrafttreten der neuen Bezüge aus der Invalidenversicherung. Als im sozialpolitischen Ausschuss der schriftlich vorliegende Bericht festgestellt wurde, wurde der Fehler entdeckt. Die Regierung hatte dann auch bereits einen Antrag zur Hand. Dieser Antrag lag den Parteien nicht vor. Die Parteivertreter hatten lediglich die Gelegenheit, sich den Antrag von der Regierung zum Durchlesen auszubitten. Bei den vorher stattgefundenen Verhandlungen waren die entscheidenden Änderungen festgesetzt und es war nicht anzunehmen, daß durch Inkraftsetzungsbestimmungen die vorher festgestellten Beschlüsse wieder aufgehoben werden. Das ist aber tatsächlich geschehen, soweit das Kindergeld in Frage kommt. Nach der von der Regierung vorgeschlagenen Fassung erhalten das erhöhte Kindergeld nur diejenigen Rentienempfänger, deren Rente nach dem 31. Juli 1925 festgesetzt wird. Dadurch ist die große Masse der Invalidenrentner, die heute Rente beziehen, einfach um diese Erhöhung geprellt. Im Unterausschuss des Reichstagsausschusses, in dem über die Rentenänderung beraten wurde, erklärte der Regierungsvertreter Dr. Grieser, daß das Reichsarbeitsministerium mit dem sozialdemokratischen Antrage einverstanden sei, der das Kindergeld in der Invalidenversicherung in gleicher Höhe festsetzt wie in der Angestelltenversicherung, weil er keinen Unterschied machen wolle zwischen Arbeiterkindern und Kindern der Angestellten. Die Rentienempfänger aus der Angestelltenversicherung bekommen aber nach dem neuen Gesetz die erhöhte Kinderzulage, auch wenn die Rente vor dem 1. August 1925 festgesetzt ist! Dr. Grieser erklärte weiter im Ausschuss, daß die Erhöhung des Kindergeldes etwa 27 Millionen Mark im Jahre betragen würde. Dabei konnte er nur von der Tatsache ausgehen, daß alle Rentienempfänger die erhöhte Kinderzulage erhalten. Er rechnete, daß auf 3 Renten eine Kinderzulage entfällt. Diese

Rechnung konnte er nur aufmachen, wenn er 1 500 000 Rentenempfänger, das ist die tatsächlich vorhandene Zahl, annahm. Wenn er nur Renten, die nach dem 31. Juli 1925 festgestellt werden, annahm, konnte er niemals zu der Zahl von 27 Millionen Mark kommen, dann hätte er nicht einmal eine Million Mark herausrechnen können. Durch diese Bestimmung ist jetzt auch hier eine Differenzierung geschaffen, die geradezu skandalös wirkt. Wenn ein Arbeiter mit 4 Kindern am 31. Juli 1925 Invalide wurde, erhält er unter Außerachtlassung etwaiger Steigerungsbeträge 32 Mark monatliche Rente. Ist er aber einen Tag später Invalide geworden, so erhält er unter Außerachtlassung etwaiger Steigerungsbeträge 50 Mark monatliche Rente. Mehr als 500 000 Invaliden sind durch die in das Gesetz hineingeschmuggelte Bestimmung um die erhöhte Kinderzulage gebracht.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die sozialdemokratische Partei diese skandalösen Ungerechtigkeiten zu beseitigen versuchen wird. Die erste sich bietende Gelegenheit im Reichstage wird dazu benutzt werden müssen, wenn nicht die Regierung schon vorher Mittel und Wege findet, um diese vom Reichstage nicht gewollte Bestimmung zu beseitigen.

Deutschnationale Ehrlichkeit.

Sie lügen „nur“ in den Organisationen.

Die Veröffentlichung der Entschließung eines deutschnationalen Landesverbandes hat eine Erklärung der deutschnationalen Parteiführung hervorgerufen. Diese Auslassung wiederholt den Wortlaut der Erklärung, die Graf Westarp namens der deutschnationalen Reichstagsfraktion am 22. Juli im Reichstage abgegeben hat, um die verantwortliche Mitarbeit der Deutschnationalen an der Sicherheitspolitik anzukündigen, und fügt hinzu:

„Es ist selbstverständlich, daß diese Fraktionserklärung nicht lediglich taktische Wendungen enthält, sondern durchaus ernst und sachlich gemeint ist.“

Es ist doch zum Staunen, daß eine große Partei, die stärkste Regierungspartei, Erklärungen darüber abgeben muß, welche ihrer Erklärungen ernst und sachlich gemeint sind, und welche nicht! Nun weiß man also, daß die deutschnationale Parteiführung wünscht, daß diese Erklärung im Reichstage für ernst und sachlich gemeint gehalten wird. Der Schluß daraus ist, daß die andere Erklärung, die von Winkler, Westarp und Schiele gegenüber den Organisationen, nicht „ernst und sachlich gemeint“ war. Die deutschnationale Parteiführung wünscht der Öffentlichkeit mitzuteilen, daß sie im Reichstage ehrlich ist, in den Organisationen aber nicht.

Wir haben selten eine so offene, so freimütige, so frisch hemmungslos abgegebene Erklärung von den Deutschnationalen gehört. Da gehört doch Mut dazu, frischweg zu erklären: „ich, doppelzüngig, ich lüge? Ich lüge doch nur in meiner Parteiorganisation!“

Aus der KKK-Verleumdungszentrale.

Sie suchen nach einem „Verräter“.

Die langen Erklärungen der Bacmeister-Leopold, Geldgeber für die Auswertung gestohlener Akten und die Verleumdung sozialdemokratischer Führer, pflegen gemeinhin gleichzeitig in der gesamten Reichspresse abgeblitzt zu werden. Man ist deshalb erstaunt, wenn man eine neue Erklärung des Bacmeister nur in einem einzigen Blatte findet, das der Verleumdungszentrale dienstbar ist. Nur im „Deutschen Tageblatt“ findet man folgende Zuschrift Bacmeisters:

„Nachdem wir durch staatsanwaltliche Vernehmungen in Sachen gegen Knoll und Gewissen bestimmt in Erfahrung gebracht haben, daß den unmittelbaren Anlaß zu den Durchsuchungen bei den Herren Knoll, Kuhmann und Caspary eine eidesstattlich abgegebene umfangreiche Anzeige des Schriftstellers Wolfgang Breithaupt gebildet hat, läßt sich die Meinung nicht mehr

aufrecht erhalten, daß der Kaufmann Kranz diese Anzeige beim „Vorwärts“ hinterlegt hat. Wolfgang Breithaupt ist der Verfasser des Buches „Volksvergiftung von 1914 bis 1918“; er hat als solcher der Sozialdemokratie einen schweren Schlag versetzt. Welche Rolle ihn veranlaßt haben, seine Anzeige gegen das Aufklärungsbureau des Herrn Knoll einzureichen und damit zunächst als Verräter zu erscheinen, läßt sich zurzeit nicht feststellen, da B. von Berlin abwesend ist.“

Es scheint fast so, als wolle Bacmeister mit dieser Verlautbarung auf den Busch schlagen, ob nicht jemand dahinter sitzt. Noch vor wenigen Tagen veröffentlichte der Inhaber des KKK-Bureaus, Knoll-Kluge-Klausing, eine Verdächtigung gegen einen anderen Beteiligten an jener Zentrale, in der u. a. über den erwähnten Kaufmann Kranz folgendermaßen geurteilt wird:

„Er trat an nationale Kreise heran, tiefend von nationaler Gesinnung und Reinigungsbedürfnis, selbstlos bis in die Knochen, nachdem er sich einen Berg von Akten aus den Deutschen Werken verschafft hatte, von denen er ehrenwörtlich versichert, daß er sie im Altpapierhandel erworben habe. Nachdem Kranz bereits erhebliche Vorteile aus der Aktenverwertung in nationalen Kreisen gezogen hatte, wußte er sich bedeutende Teile dieser Akten zurückzubeschaffen, um sie in allen möglichen politischen Lagern, von den Deutschvölkischen bis zu den Kommunisten, zum Verkauf anzubieten. Während er so den an sich berechtigten Feldzug gegen die Deutschen Werke zu seinen Gunsten auszuschlachten wußte, bemühte er sich gleichzeitig, gemeinsam mit seinem Freunde, dem angebliehen Großkaufmann Maxdorf, erhebliche Vorteile aus den Beständen der von ihm selbst so schwer beschuldigten Deutschen Werke nach Argentinien zu verschicken. Nach Scheitern dieses „Geschäfts“ und einiger Erpressungsversuche, die er bei mir und anderen Personen machte, lehrte er zu seiner alten Liebe zurück. Er verkaufte alles, was er in nationalen Kreisen erfahren hatte oder glauben zu haben, an den „Vorwärts“. Ergebnis: Die Aktion des Berliner Volkspräsidiums gegen die Staatsanwaltschaft und die Hausdurchsuchung bei mir.“

Zu dieser Beschuldigung eines hervorragend „nationalen“ Gewährsmannes schreibt uns der sogenannte Kaufmann Fritz Kranz, Berlin-Friedenau, Lauterstr. 27, er habe das bewußte Aktenmaterial niemals der Deutschnationalen Partei zum Kauf angeboten, sondern „angeblich national denkende Leute“ (wörtlich!) hätten ein Geschäft daraus machen wollen! Weiter schreibt Kranz:

„Richtig ist, daß ich von nationalen Kreisen des öfteren sogar schriftlich gebeten wurde, meine Kenntnisse und Erfahrungen zur Verfügung zu stellen. Der KKK-Mann drängte sich unter Benützung der unlautersten Mittel dazwischen, um die Arbeiten, welche ohne Rücksicht auf Partei, Person und Konfession durchgeführt werden sollten, zu sabotieren.“

Richtig ist, daß Kluge-Knoll-Klausing mit meiner und anderer Leute Kenntnisse unter großer Wichtigkeit und Prahlerei mit seiner Verbindung zur Staatsanwaltschaft hausieren ging.

Richtig ist weiter, daß die Akten, wie die mir bei meiner als Zeugen stattgehabten Vernehmung vorgelegten Beschlagnahmeverfügung befragt, seinerzeit von der Staatsanwaltschaft unter Aktenzeichen des Barmatprozesses im Büro Knoll und seinem Freunde beschlagnahmt wurden. Merkwürdig ist, daß die Akten nicht mehr vorhanden sind.

Kranz bestreitet weiter, daß er erhebliche Vorteile aus Beständen der Deutsche Werke nach Argentinien verschoben habe und fährt dann fort:

„Erlogen ist die Behauptung des Kluge-Knoll-Klausing oder wie er sonst noch heißt, betreffs der Erpressung. Im Gegenteil, wahr ist, daß Kluge sich mit Gewalt in den Besitz des Materials gesetzt hat und die Beschlagnahmeverfügung von der Staatsanwaltschaft veranlaßte, um sich persönliche Vorteile zu verschaffen.“

Die Herrschaften, die solange miteinander an der „Reinigung Deutschlands“ gearbeitet haben, schämen sich

also gegenseitig außerordentlich hoch, wie aus diesen freundschaftlichen Beschimpfungen hervorgeht. Wir haben keinen Grund, uns in diesen Streit der „Reiniger“ untereinander einzumischen. Aber die Frage wird an die Staatsanwaltschaft zu richten sein: Wo sind die von Kuhmann beschlagnahmten Akten der Deutschen Werke geblieben? Es handelte sich nicht um Kleinigkeiten, sondern um drei große Kisten mit Schloß und Schlüsseln. Sie enthielten unseres Wissens nicht weniger als 30 Bände, von denen einzelne mehrere hundert Seiten starke Mappen umfassen. Was hat Kuhmann getan, um die von ihm „sichergestellt“ Akten vor der weiteren Verhütung zu retten?

Die Behauptung, daß es sich um zum Einstampfen bestimmtes Aktenmaterial handele, ist in ihrer Schwindelhaftigkeit ohne weiteres zu erkennen. Es ist selbstverständlich, daß weder bei den Deutschen Werken, noch bei der Reichstreuhandgesellschaft, noch beim Reichsverwertungsamt, noch im Reichsfinanzministerium, aus denen diese Akten zum Teil stammen sollen, ganze zusammenhängende Aktenbündel zum Verkauf an Altpapierhändler gelangen könnten. Richtig ist aber, daß besagter Kranz längere Zeit bei allen diesen Behörden, insbesondere auch bei den Deutschen Werken, angestellt gewesen ist und Ermittlungen anzustellen hatte in jener Zeit, als der Verdacht, Reichswerte zu verschleppen, fast auf jederman lastete, der mit diesen Behörden in irgend eine Beziehung kam. Es ist zweifellos, daß Kranz mit den Akten dienstlich zu tun gehabt hat, und merkwürdig ist es, daß gerade diese Akten zum Gegenstand des Handels und Schachers in „nationalen“ Kreisen gemacht wurden.

Eine weitere Frage: Der deutschnationale Reichsfinanzminister v. Schlieben, dem heute die Reste des ehemaligen Reichsfinanzamts unterstellt sind, hat wohl gar kein Interesse daran, diese gestohlenen und in seinen Parteitreffen von Hand zu Hand gehenden Akten wieder zu verlangen? Oder sollte er nicht durch eine einfache Anfrage bei der Staatsanwaltschaft feststellen lassen können, wo die Akten geblieben sind? Und sollte er nicht von Amts wegen die Wiederbeschaffung der Akten fordern dürfen?

Wenn jetzt Bacmeister den Versuch macht, an Stelle des Kranz den gleichfalls beteiligten Breithaupt als „Verräter“ abzustempeln, so dürfen wir daran erinnern, daß dieser Breithaupt, augenscheinlich im Solde jener „nationalen“ Kreise, sein auch von Bacmeister erwähntes Buch über den Dolchstoß fabriziert hat. Ein Buch, das Oberfinanzrat Bang in der „Deutschen Zeitung“ als ein besonders „wertvolles Buch“ bezeichnet, und das von der gesamten Reichspresse als ein vernichtender Schlag gegen die Sozialdemokratie ausgegeben wurde. Jetzt ist dieser Breithaupt, der Bernächter der Sozialdemokratie, plötzlich unauffindlich geworden? Zu welchem Zwecke? Man hat ja oft schon erlebt, daß Zeugen plötzlich verschwinden mußten, besonders wenn es sich um Angelegenheiten der „Reiniger Deutschlands“ handelte. Warum haben die Bacmeister-Leopold den Ehrenmann Breithaupt verschwinden lassen, da er doch in der Bernichtung der Sozialdemokratie so glänzende Fähigkeiten erwies?

Verstaatlichung, wie sie nicht sein soll.

Prag, 25. August. (WTB.) Das tschechoslowakische Staatsbodenamt hat den Marienbader Kurbetrieb nunmehr in Zwangsverwaltung übernommen, ohne den Eigentümer, das deutsche Prämonstratenserkloster Lept, hieron rechtzeitig zu verständigen. In Abwesenheit des gesetzlichen Vertreters des Eigentümers wurden von dem neu eingesetzten tschechischen Zwangsverwalter Gelder und Ansräume übernommen und der deutsche Oberdirektor abgesetzt. Die Zwangsverwaltung wird bis zur Übernahme der beschlagnahmten Objekte durch den Staat dauern. Die Erregung unter der deutschen Bevölkerung, die ihren Arbeitsplatz gefährdet sieht, ist groß.

Sie.

Von Max Bernardi.

Ich liebe sie über alle Maßen. Sie ist meine Freude, Wonne, Augenweide.

Reist bestimme ich ein Rendezvous in irgend einem stillen Café. Oft begegne ich ihr aber auch auf der Straße, erkenne sie in dichtem Gewühl an ihrem entzückenden Kleid, ihrem reizenden Lächeln.

Und manchmal lehnt sie ganz bescheiden an meiner Haustür, geduldig wartend, daß ich ihr öffne. Und da ist sie mir am willkommensten.

Im eigenen Heim sie besitzen zu dürfen ist höchste Seligkeit. Aber es ist oft schwierig — besonders wenn man schon Weiß und Rind hat.

Aber ich nehme sie rasch bei der Hand und geleite sie ganz leise in mein stilles Kammerlein.

Weil bring ich mich über ihr rauschendes Kleid, atme den fremden Duft und lass' die Flut ihrer Rede jubelnden Herzens über mich ergehen. Ach, sie ist so vielseitig, klug, geschickt, verständig — behält immer Recht, auch im Unrecht. — Immer wieder zwingt sie mich ihren sprudelnden Worten zu lauschen. Wehl kaum daß sie mich zu Worte kommen läßt!

Und sie versteht zu sprechen:

Höhe Politik, Innen und Außen, von links und von rechts und von allen Seiten — sie lobt und schimpft, schmiedet selbst Pläne häuserhoch — bis sie wie aus Widerwillen einen kühnen, dicken Strich unter all das politische Gezänke zieht.

Von Kunst und Wissenschaft plaudert sie weiter, immer unterhaltend und liebenswürdig, von Musik und Theater, neuen Büchern. Sie weiß eben alles.

In einem Atem erzählt sie von alter und neuer Welt, vom Nord- und Südpol, als gäbe es keine Entfernungen mehr.

Sie weiß was Schweinefleisch in Chicago kostet und Rum in Jamaika. Sie weiß, daß die Kartoffel teurer werden und daß das Fleisch längst schon zu teuer ist.

Sie beginnt vom Alltag zu plauschen, von bösen Nachbarn, Ehrabschneidern, schredlichen Frauenspersonen und scheußlichem Diebesgeständ.

Dann läßt sie mich zu Musik und Tanz eint. Es gibt kein Geschöpf, das in seiner Selbstlosigkeit und Sorge um mein Wohl ihr gleich kommen könnte. Gute Kapitalsanlagen und noch andere für mich so unschätzbare Dinge empfiehlt sie mir.

Allerdings, wenn ich sie dann nicht ernstlich verabshiede, überschreitet sie in ihrer Besorgtheit gar leicht die Grenzen der Höflichkeit.

Da will sie mir plötzlich Doppelschlafzimmer mit und ohne Matrassen, Motorräder, Staubsauger, Zahngelbte, Flechtensalbe und

Hühneraugenpflaster empfehlen oder mich mit Gewalt zu Versicherungen- und Inseratenvertretungen zwingen. Fruchtet dies nicht, so versucht sie noch mit aller List mir meine alten Habern und Flaschen herauszuladen oder mir ein älteres Mädchen mit ein oder zwei Kindern — Ehe nicht ausgeschlossen — anzuhängen.

Und da verlasse ich sie und stürze reuenvoll zu Weib und Kind.

„Neht hast du wieder eine Stunde über deiner dummen Zeitung gelesen“, sagt dann immer meine Frau voll Vorwurf.

Aber morgen tue ich es doch wieder!
Auf Wiedersehen!

Nach immer Sommertheater. Unsere Berliner Theaterherrlichkeit sieht auf unsicheren Füßen, und wenn man wirklich einmal eine Aufführung mit Halleluja begrüßen kann, so darf man sicher sein, daß sie nach der fünfundsingzigsten Wiederholung dem dubiosen Publikum in dritter Besetzung gezeigt wird. Denn die „Stars“ sind halt keine Fixsterne, sondern Planeten am Theaterhimmel; und die zweiten Kräfte werden meist — um bei kosmischen Vergleichen zu bleiben — Sternschnuppen, weil sie Planetenehrgeiz haben und sich durchaus forsbewegen wollen, statt uns friedlich und freundlich als Fixsterne zu leuchten. Bloß die „Dritten“ bleiben uns treu. — Es geht auch anders. Draußen vor den Toren Berlins gibt es ein Theaterchen, das tatsächlich über ein anständiges Ensemble verfügt, das verhältnismäßig keine „Star“-gagen bekommt und sogar tüchtig arbeiten muß. Denn das Schlossparktheater in Steglitz legt doch eben „j. w. d.“; die meisten Berliner scheuen den weiten Weg, und sein Stammpublikum ist ziemlich eng begrenzt und will häufig neues sehen. Das mag auch das Theater zu einer Einstellung führen, die künstlerisch recht ansehbar ist, sich vom wirtschaftlichen Standpunkt aus aber als ganz zweckmäßig erweisen mag. Ob das allerdings nicht auch anders ginge? Denn oft darf das Schlossparktheater so überlebte Schmarren wie Karl Riemanns „Wie die Alten jungen“ nicht bringen, wenn es nicht auf das Niveau eines Volkstheaters herabstufen will; und das wäre schade. — Die Schauspieler, die sich mit diesem Lustspiel, das wirklich an jüngerer Generation ganz und gar vorbeiredet, abfinden mußten, gaben sich alle Mühe. So retteten sie, was zu retten war. Mit den pathetischen Stellen, an denen dieses Annelise-von-Dessau-Spiel reich ist, konnten sie freilich nichts anfangen; hier wurde im schönsten Sinne deklamiert, für Kenner wirklich ein Genuß. Bloß schade, daß man aus Wohlzogenheit nicht lachen durfte; die Schauspieler hätten es sicher gern getan. Man darf ihnen dieses Kompliment schon machen, weil sie im übrigen wirklich was können. Vor allem Ely Arndt als ausgezeichnete Dessauer Höckerin sei genannt, ferner Maria Demelius, Joseph Horandt, R. E. Ritterfeld, Otto Matthies, Clara Horandt, Hauptmann und Erwin Siegel, der auch die Regie führte.

Gabriele d'Annunzio's „Tosenzimmer“. Daß sich Gabriele d'Annunzio in der der Witwe des Professor Thode gehörenden Villa am Gardasee häuslich eingerichtet hat, wissen wir aus den Berichten von Karin Michaelis, die sein Benehmen vor aller Welt an den Pranger stellte. Aber der Dichter ist entschlossen, in diesem schönen

Besitzum nicht nur zu leben, sondern auch zu sterben, und da er alles, selbst seinen künftigen Tod, dazu benutzt, um Aufsehen zu erregen und Reklame zu machen, so hat er sich ein „Sterbezimmer“ in der Villa eingerichtet, dessen Ausstattung in gewissen römischen Wäldern ausführlich beschrieben wird. Das „Sterbezimmer“ heißt auch das „Zimmer des Ausfühlers“, weil es ein eindrucksvolles Gemälde enthält, auf dem der heilige Franz dargestellt ist, wie er einen Ausfühler umarmt. Die Wände dieses Zimmers sind mit Malereien ausgestattet, die „diejenigen Dinge darstellen, die der Dichter in seinem Leben am meisten geliebt“: ein Pferd, ein Hühnerhund, ein Flugzeug, ein Schwert, die „zehnte Muse“, die die Kraft verkörpert, ein lodernes Feuer, eine Orgel und eine Frau. Während die Wände des Sterbezimmers den irdischen Freuden gewidmet sind, sind an der Decke Malereien angebracht, die auf das Christentum und das Jenseits hinweisen. Hier ist nämlich ein großes Kreuz dargestellt, umgeben von den Sinnbildern des Leidens Christi. Das Bett des Zimmers ist so schmal, daß es wie ein Sarg aussieht. Es ist nur mit einer Decke versehen, die aus Leber gefertigt und mit goldenen Ornamenten geschmückt ist. Vielleicht stirbt der „göttliche Gabriele“ hierauf für besonders Bevorzugte Probe, um ihnen zu zeigen, wie ein italienischer Held das Leben, das für ihn nur Gelegenheit zu immer neuen Posen war, auch mit einer letzten glanzvollen verlassen soll.

Zwei Lokomotivführer auf den französischen Schnellzügen. Die Unfälle auf den französischen Eisenbahnen, die sich neuerdings in erschreckender Weise häufen, haben dem Arbeitsminister Laval Anlaß zu einer Verfügung gegeben, die bestimmt, daß fortan auf den Lokomotiven der Züge, die lange Strecken mit erhöhter Schnelligkeit durchfahren, neben dem Lokomotivführer und Heizer noch ein zweiter Lokomotivführer Dienst tun soll. Diesem zweiten Führer wird die Aufgabe zufallen, die Schnelligkeit des Zuges beständig zu überwachen und seine Aufmerksamkeit den gefährlichen Punkten der Strecke, wie Straßenüberführungen, Kreuzungen und Kurven zuzuwenden. Außerdem soll er dem gesamten Signalwesen besondere Aufmerksamkeit widmen.

Die langfeindliche Geistlichkeit. Der Erzbischof O'Donnell, das Oberhaupt der irischen katholischen Kirche, hat seinen Bannstrahl gegen die modernen Tänze geschleudert und die Geistlichen seiner Diözese angewiesen, alle Männer und Frauen vom Gottesdienst auszuschließen, die die öffentlichen Tanzlokale besuchen. Die Geistlichen predigen jeden Sonntag gegen die Tänze und die moderne Frauenkleidung; sie befehlen den Eltern, Kinder aus dem Hause zu jagen, die nicht das Tanzen ausgehen. „Ich wollte meine Tochter lieber tot als tanzen sehen“, sagte der Rev. W. J. Nicholson. „Die modernen Tänze und Kleider verderben die Menschen, und es ist besser, daß einige wenige zugrunde gehen, als daß das ganze Volk verdirbt.“

Die Große Berliner Kunstausstellung am Lehrter Bahnhof wird am Sonntag, den 30. August, geschlossen.

Das Festspielmuseum eröffnet Donnerstag sein 16. Vortragsjahr wieder mit einem Goethe-Abend. Paul Alfred Reichard spricht über „Goethe und Herzog Karl August“, zur Erinnerung an Goethes Einzug in Weimar vor 150 Jahren. Margarethe Berg-Steingraber singt Goethelieder in Kompositionen des Weimarer Kreises. Am Flügel Prof. Hermann Springer. Anfang 8 Uhr. Eintritt frei.

Wittelsbach und Hohenzollern.

Die „Kronprinzen“ kennen sich nicht.

Aus München meldet das Woffische Bureau:
Das Kabinett des ehemaligen Kronprinzen Rupprecht von Bayern teilt mit, daß die seit einiger Zeit aufgetauchten Gerüchte über eine Zusammenkunft des deutschen und des bayerischen Kronprinzen auf dem Schlosse Mondsee des Grafen Almeda sowie alle an diese angebliche Zusammenkunft geknüpften Kombinationen aus der Luft gegriffen sind. Kronprinz Rupprecht war, wie in der Mitteilung heißt, nicht in Mondsee. Er hat den deutschen Kronprinzen seit dessen Besuch in München im Oktober 1924, überhaupt nicht mehr gesehen.

Diese Meldung des bayerisch-kronprinzlichen „Kabinetts“ — so etwas muß natürlich ein Kronprinz haben — ist höchstens insofern von Interesse, als sie wieder bestätigt, daß Wittelsbach und Hohenzollern nicht zusammenkommen. Dieser Konkurrenzneid ist halt stärker als die monarchistische Interessensolidarität.

Die Zentrumskrise.

Dr. Wirths Freunde über seinen Schritt.

Wien, 25. August. (Wib.) Zu der Erklärung des Reichstagsabgeordneten Dr. Wirth wird der „Kölnischen Volkszeitung“ mitgeteilt: Obwohl Dr. Wirth in den letzten Tagen mehrfach in Fraktionsberatungen von der Gründung einer neuen Zentrumsgruppe oder einer ähnlichen Angelegenheit gesprochen hat, kommt sein Schritt den Parteifreunden im Ruhrgebiet überraschend. Wenn der Gedanke des sozialen und republikanischen Zentrums, von dem Dr. Wirth spricht, irgendwo lebendige und kräftige Wurzeln besitzt, dann ist es der Fall in unserem Gebiet, wo die christlich gesinnten Massen der Berg- und Hüttenarbeiter, die sich politisch zur Zentrumsgruppe bekennen, die soziale und republikanische Idee innerhalb der Partei geradezu verkörpern. In führenden Kreisen der Partei des Industriegebietes hört man heute besonders in Kreisen, die der Arbeiterschaft nahe stehen, lebhaftes Bedauern darüber, daß Dr. Wirth gerade mit jenen, die bis zum letzten Schritt gerade mehr oder weniger an seiner Seite standen und eine Einstellung aufweisen, die der seinigen sehr nahe kommt, nicht Fühlung nahm, ehe er seinen schwerwiegenden Schritt tat. Man hätte keinen Augenblick geglaubt, ihm dringend davon abzuraten. Nach der Ansicht dieser Kreise läßt Dr. Wirth die Wirkung der ihm innewohnenden Stoßkraft durch seinen Schritt ganz außerordentlich. Wenn das Ausscheiden Dr. Wirths Folgen nach sich zieht, dann ist es vor allem die, daß die Vertretung der Ideen, als deren Exponent sich Dr. Wirth vor allem betrachtet, durch sein Ausscheiden aus der Reichstagsfraktion eine unerwartete Schwächung erfährt. Man ist hier der Auffassung, daß die Erklärung Dr. Wirths nur verständlich ist im Zusammenhang mit seinem körperlichen Leiden, das seine Verbitterung vermehrt und ihn schon seit einiger Zeit aus den Reihen seiner Freunde fernhält.

Der Marokkokrieg geht weiter.

Große Töne Primo de Rivera.

Paris, 25. August. (Wib.) Das „Journal“ berichtet aus Madrid, daß General Primo de Rivera gestern Abend einen wichtigen Generalkonferenz leitete. Am Schluß gab er den Pressevertretern eine Erklärung ab, in der er u. a. gesagt haben soll: Man muß jetzt alle Maßnahmen ergreifen, um endgültig das Marokkoprobem zu lösen und sich gegen jede neue Uebergriffung zu sichern. Dazu ist es notwendig, daß Spanien alle geeigneten Maßnahmen ergreift. So wird es uns gelingen, daß Ansehen Abd el Krim zu erschüttern. Wenn die Risse erst einmal in das Gebirge zurückgedrängt sind, werden sie, sobald sie den Mißerfolg ihres Führers feststellen, ihn alsbald verlassen. Frankreich und Spanien werden gleichzeitig Operationen vornehmen. Während Frankreich die Stämme zurückhält, die etwa Abd el Krim Hilfe bringen wollen, werden wir auf dem eigenen Gebiet gegen Abd el Krim vorgehen. Wir werden so die wichtigen Stämme der Boloja und der Gomara zum Abfall von Abd el Krim bringen. Sodann werden wir die Verbindung zwischen den spanischen und den französischen Linien in Drael sicherstellen, dadurch werden unsere Operationen am Luftseilzug vervollständigt werden. Durch die Beherrschung der Wege, die für die Lebensmittelversorgung der Risse notwendig sind, werden wir die Risse, die, einmal abgebrochen, keinen Druck mehr auf andere Stämme ausüben können, dazu zwingen, sich zu unterwerfen. Das wird dann der letzte Stoß für den Aufstand sein. Unsere Offensivvorbereitungen sind bereits beendet. Ich nehme an, daß die Offensive in etwa zehn Tagen wird beginnen können.

Deutsch-polnische Wirtschaftsbeziehungen.

Gerüchte über Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen.

Kattowitz, 25. August. (Wib.) Am 27. August soll eine Abordnung der polnischen Regierung in Kattowitz eintreffen, um mit Vertretern der Industrie Ostoberschlesiens über die von Polen einzunehmende Haltung bei der bevorstehenden Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen zu beraten. Es sind auch andere Anzeichen dafür vorhanden, daß die polnische Regierung Vorbereitungen für die Erzielung eines Abschlusses bei diesen Verhandlungen trifft. Diese Haltung dürfte weniger durch die Rücksicht auf die seit Abbruch der Handelsbeziehungen zu Deutschlands immer kritischer gewordene Lage der ostoberschlesischen Industrie eingeleitet sein, als durch die schwere Sorge, die die fortwährende Abwärtsbewegung des Zloty-Kurses der Regierung bereitet. Wenn auch die Handelsbilanz für die Monate Juli und August sich nicht unerheblich günstiger gestalten dürfte, als für die früheren Monate, weil die Einfuhr von Getreide und Mehl fortfällt und die ersten Eingänge für die Ausfuhr des polnischen Getreideüberschusses in dieser Bilanz erscheinen dürften, so ist doch damit wenig geholfen, weil alle anderen für die Ausfuhr arbeitenden Wirtschaftsbetriebe nicht nur durch den Handelskrieg mit Deutschland, sondern auch durch die infolge der maßlosen Erhöhung der Einfuhr nach Polen herbeigeführte Verschlechterung der Handelsbeziehungen nach dem übrigen Ausland sehr schwer leiden.

Der stürzende Zloty.

Warschau, 25. August. (Wib.) Der katastrophale Sturz des Zloty in der vergangenen Woche hat die polnische Regierung zu neuen Maßnahmen veranlaßt. Es sollen noch weitere Importbeschränkungen durchgeführt werden. Eine Erhöhung der Preisgebühr von 250 auf 300 Zloty ist vorgesehen.

Bulgarenverhaftungen in Paris. Wegen des Anschlages auf den Präsidenten der bulgarischen Kammer sind mehrere Bulgaren in Paris verhaftet worden.

Ein jüdisches Marinegeheimarchiv ist in der Wohnung des Marineministers aus der Yarenzeit, Admirals Grigorjewitsch, gefunden worden.

Das Opfer.

Im Straßenbahnwagen sind die Sitzplätze besetzt, auf dem Hinterrücken stehen einige Leute in materiellen Stellungen. Man sieht gelangweilt durch das Fenster oder betrachtet sein Gegenüber, einige betreiben mühsame Unterhaltung. Auf einer Haltestelle steigt eine ältere Frau ein, sie sieht müde und abgearbeitet aus und bleibt nicht anständigertweise auf dem Hinterrücken stehen, sie schiebt sich in den Wagen und sucht einen Sitzplatz. Pöflich ändert sich die Gemütsverfassung der Fahrgäste. Die Straßen scheinen hoch interessant geworden zu sein, die Leute an den Fenstern starren sie wie hypnotisiert an, unternehmen auch nicht die geringste Wendung des Kopfes, für sie besteht nur noch das Straßenbild, das sie magnetisch anzieht. Andere, die nicht das Schicksal mit einem Fensterplatz gesegnet hat, erinnern sich an die Existenz einer Zeitung in ihrer Tasche und vertiefen sich die Welt vergessend darin. Die ältere Frau hat sich noch weiter in den Wagen geschoben, sie steht jetzt bei den beiden Leuten, die vorhin mühsam an einer Unterhaltung arbeiteten, doch plötzlich scheint sie der göttliche Funke berührt zu haben, sie redet mit einem ihr reichenden Schwung, der jedem Demagogen Ehre machen würde und starren sich dabei unentwegt in ihre treuen Augen. In dem Straßenbahnwagen herrscht eine Atmosphäre von Energieentfaltung. Jeder bildet eine Welt für sich und nimmt von den anderen keine Notiz mehr. Ein junges Mädchen sammelt ihre Glieder zusammen und macht einen Versuch aufzustehen, doch in diesem Augenblick schnell ein Herr aus seiner Verjüngtheit auf, greift nach einem nicht vorhandenen Hut auf dem Kopf und bietet der Frau seinen Platz an. Ganz rot ist der Herr angefaulen, Straße und Zeitung haben von diesem Augenblick an ihre hypnotische Kraft auf die anderen verloren. Man sammelt alle Geisteskräfte auf den opferfreudigen Herrn, manche blicken zu ihm empor wie zu einem Erlöser, andere behandeln ihn in ihrem Innern als lästigen Streikbrecher. Der Herr weiß selbst nicht, wie er zu seinem Entschluß gekommen ist, er versucht noch eine würdige Pose einzunehmen, aber der Versuch scheitert. Er fühlt sich fürchterlich geniert. Seine Ohren sind bereits rot geworden. Er tastet sich durch den Wagen ins Freie, trotzdem er erst ein Drittel der Fahrt zurückgelegt hat. Im Wagen herrscht Entspannung. Man läßt wieder die Blicke frei umherstreifen und packt die überflüssigen Zeitungen fort, bis sich auf der nächsten Haltestelle das Spiel wiederholt.

Der Tote im Friedrichshain.

Nur ein Selbstmord?

Zur Aufklärung eines Leichenfundes wurde heute früh die Mordkommission nach dem Friedrichshain gerufen. Gegen 2½ Uhr benachrichtigte ein Postbote eine Schupo-Patrouille am Königstor, daß er auf einer Bank im Friedrichshain einen toten Mann gefunden habe. Die Beamten begaben sich in Begleitung des Mannes zu der Bank und fanden hier seine Angaben bestätigt. Ein Arzt stellte fest, daß der Tote einen Schuß in die Herzgegend erhalten hatte.

Ein besonders merkwürdiger Umstand ist der, daß der Schuß wohl das Hemd, nicht aber die zugesteppte Weste und den ebenfalls zugestepften Rock durchdrungen hat. Ferner wurde bei dem Toten keine Waffe gefunden. Alles dies läßt einen Selbstmord zweifelhaft erscheinen, und aus diesem Grunde wurde die Mordkommission alarmiert. Die Bank, auf der der Tote gefunden wurde, steht im nordöstlichen Teil des Friedrichshain in der Nähe der Unterfünfhütte am Spielplatz. Der Mann war halb nach rechts übergefallen. Seine Hosen zeigten an den Unterschenkeln Erdspuren, die darauf hindeuten, daß er allem Anschein nach auf den Rasen gefallen sei. Die Untersuchung durch den Gerichtsarzt Dr. Ripper ergab, daß das Geschoss in wahren Schräglage eingedrungen ist, am Rückgrat abwärts gegliedert und dann stecken geblieben ist. Die Wundung der Waffe ist unmittelbar auf den Körper ausgeübt worden. Die Art des Schusses ist typisch für einen Selbstmord. Wie gesagt, sprechen aber das Fehlen der Waffe und das mit Erde beschmutzte Beinkleid wieder dagegen. Durch Papiere, die bei dem Toten gefunden wurden, konnte festgestellt werden, daß es sich um einen 22 Jahre alten Arbeiter Georg Röhde handelt. Die angegebene Wohnung in einer Kolonie der Landsberger Allee ist nach den bisherigen Ermittlungen nicht richtig. Wie weiter festgestellt wurde, war er seit dem 22. August in der Brauerei am Friedrichshain als Flaschenstopfer beschäftigt. Inzwischen hatten die ausgesandten Beamten auch schon Zeugen ermittelt, nach deren Aussagen gestern Nacht um 1½ Uhr niemand auf der Bank gesehen hat. Etwasge Fußspuren, die darauf hindeuten würden, daß der Mann von Fremden auf die Bank getragen worden ist, sind ebenfalls nicht mehr zu erkennen, da der gegen 2½ Uhr einsetzende Regen sie verwischt hat. Mitteilungen, die dazu beitragen können, den geheimnisvollen Leichenfund aufzuklären, nimmt die Mordkommission in der Magazinstraße entgegen.

Chetragodie eines 73-jährigen.

Ein aufsteigender Vorfall spielte sich heute früh um 5½ Uhr in der Justusstraße in Reinickendorf ab. Hier wohnt im Hause Nr. 54 der 73 Jahre alte Kaufmann Edward Gründel mit seiner 53 Jahre alten Frau. Das Ehepaar betreibt schon seit vielen Jahren ein Gemüse-Engros-Geschäft. Die Hauptarbeit in diesem Geschäft leistete die Frau, während Gründel, dem auch das Haus gehört, sich fast ausschließlich um die Verwaltung des Grundstücks kümmerte. Seit ungefähr 20 Jahren war der Mann von einer geradezu krankhaften Eifersucht. Die Art des Geschäftes brachte es mit sich, daß die tüchtige Frau zu ihren Lieferanten und Kunden höflich und freundlich sein mußte. Darüber erzürnte sich Gründel jedesmal von neuem. Er konnte und wollte nicht einsehen, daß seine Eifersucht völlig unbegründet war. In der vergangenen Nacht wurde, wie immer, auf dem Grundstück der Wagen zur Fahrt nach der Halle fertig gemacht. Um 5 Uhr fuhr der Kutscher ab. Eine halbe Stunde später machte sich Frau Gründel, wie immer, auf den Weg, um mit der Straßenbahn in die Halle nachzufahren. Der alte Gründel folgte ihr nach einem Austritt auf die Straße. Vor dem Hause Nr. 56 rief er seine Frau an und gab, als sie den Kopf nach ihm wandte, einen Schuß auf sie ab. Die Kugel verletzte sie an der Wange, aber nicht lebensgefährlich. Gründel selbst tötete sich darauf durch einen Schuß in die rechte Schläfe.

An alle Gesangsfreunde!

Der im Jahre 1919 gegründete Männerchor Harmonie Charlottenburg hat in einer Anzahl von Konzerten in der Hochschule für Musik, in Schulanen, auf öffentlichen Plätzen, in anderen Städten — Frankfurt a. O., Belgien, Dessau (Anhalt) usw. — sowie durch die Mitwirkung der Parteilageranstalten in Groß-Berlin Zeugnis davon abgelegt, daß die Pflege des Chorgesanges und des Volksliedes zu seiner Hauptaufgabe gehört. Dem Chor ist vom Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung im März 1924 für seine tonangebenden Veranstaltungen die Gemeinnützigkeit zuerkannt worden. Um die bisherigen Erfolge weiter auszubauen, und um für den so notwendigen Nachwuchs zu sorgen, soll ein Kinder- und Jugendchor angegliedert werden. Den Jugendlichen soll Gelegenheit gegeben werden, unter fachkundiger Leitung den in der Schule erhaltenen Unterricht nachdrücklich anzuwenden, um sie dann in späteren Jahren geschult in die Chöre der Erwachsenen überzuführen. In Frage kommen Mädchen und Knaben im Alter von acht Jahren aufwärts. Die Übungsstunden werden nach Erledigung der notwendigen Vorbereitungen wöchentlich einmal in

einer Aula, jedenfalls in der Zeit von nachmittags 5—7 Uhr, abgehalten. — Weitere Auskunft erteilt der Vorsitzende, Genosse Karl Schulz, Charlottenburg, Kirchstraße 33 (Tel. Wilhelm 8894)

Die Pfarrerversammlung in Zehlendorf.

Das „Evangelische Konsistorium der Mark Brandenburg“ hat sich außerordentlich über unseren Bericht geäußert, in dem wir von der Erhöhung der Kirchensteuer um die Hälfte Mitteilung gemacht haben. In dem Tonfall einer vorgeordneten Behörde gerührt das hohe Konsistorium uns mitzuteilen, daß die Berliner Stadtsynode die Erhöhung des Einkommensteuergesetzes „nicht turgethand“, sondern „nach eingehender Vorbereitung“, dazu noch in öffentlicher Beratung beschloßen habe. Auch habe das preussische Gesamtstaatsministerium diesen Beschluß genehmigt und das Konsistorium findet es leichtfertig, daß wir dem preussischen Staatsministerium den Vorwurf mangelnder Aufsicht machen. Das haben wir nun allerdings nicht getan. Wir haben nur festgestellt, daß der Natur der Sache nach eine solche Aufsicht mangelhaft sein muß. Im übrigen stelle man sich einmal vor, das preussische Staatsministerium verweigere die Genehmigung. Was für ein Geschrei würde die kämpferische Kirche dann in Berlin erheben. Die Verweigerung der Genehmigung würde selbstverständlich als ein ganz gemeiner Angriff auf die Kirche hingestellt werden. Es ist vollkommen richtig, wenn wir sagen, daß die Finanzen der Kirche sich unter Ausschluß der Öffentlichkeit entwickeln. Während Reich, Staat und Gemeinde ständig über ihre Finanzen Mitteilungen herausgeben, erfährt man von der Kirche nur die Lastzinsen, daß sie in einer Zeit härtesten Steuerdrucks ihre Steuern schlanke um 50 Proz. erhöht hat. Das hohe Konsistorium bestreitet die Richtigkeit unserer Zahlen, hütet sich aber, selbst genaue Ziffern anzugeben! Daß die Finanzgebarung der Kirche nicht immer einwandfrei ist, erhebt ganz eindeutig aus einem Bericht, der der „Woffischen Zeitung“ zugegangen ist. In diesem Bericht heißt es wörtlich:

Das stille Zehlendorf ist entbrannt, es hat seinen „Foll“. Ein großer Teil der evangelischen Bürgerschaft ist unwillig über den Kirchenrat, der als Dienstwohnung für einen Pfarrer eine Villa zum Preise von 75 000 M. erworben hat. Tatsächlich ist das für eine Kirchengemeinde, die beständig auf die herrschende große Not hinweist und von jedem ein Scherflein zu deren Linderung erbittet, eine erhebliche Summe.

Zehlendorf hat drei Pfarrer, und infolge der großen Ausdehnung des Bezirks soll nun ein vierter angestellt werden. Bei dieser Gelegenheit hat der Kirchenrat eine Villa für den zweiten Pfarrer in der Nähe der Pauluskirche erworben, um dann die freierwerbende bisherige Mietwohnung dieses Geistlichen, dem neuen Pfarrer zur Verfügung zu stellen. Viele Zehlendorfer bezeichnen das als einen unerhörten Luxus. Einmal sei die Villa höchstens 35 000 M. wert, was Architekten festgestellt hätten, überdies habe der Kirchenrat den wesentlichen Teil der Kaufsumme gegen hohe Zinsen borgen müssen. Die Villa koste die Kirche jährlich 7000 bis 8000 M., eine Summe, für die man im Bezirk zwei bis drei Dienstwohnungen haben könnte. Bisse Zungen behaupten, daß man dem zweiten Pfarrer nur ein besonderes Entgegenkommen zeigen wollte, weil er vor längerer Zeit nicht zum ersten Geistlichen des Bezirks gewählt wurde. Die höheren Reichs- und Staatsbeamten erhielten nur 1600 M. Wohnungsgeld. Die Kirchensteuerzahler hätten keine Veranlassung, das Vier- oder Fünffache für die Pfarrerverwaltung aufzubringen.

Jedenfalls ist der Friede im Zehlendorfer Bürgerleben gestört. Bei den nächsten Kirchenwahlen wird's heiß hergehen.

Angesichts einer solchen Finanzwirtschaft sind wir neugierig, ob die Kreise, die sich gar nicht genug über die Verschwendungsgier der Gemeinden entrichten können und die jede, z. B. vom Berliner Magistrat für die Bevölkerung unternommene Aktion bekämpfen, den Mut finden werden, gegen die Finanzwirtschaft, die hierzulande tritt, Front zu machen. Um 15 Proz. der Einkommensteuer haben bei den Verhandlungen über den Finanzausgleich monatelange Kämpfe zwischen der Reichsregierung und den Ländern stattgefunden, die fast zu einer Regierungskrise geführt hätten. Die Kirche verläßt über solche Summen geräuschlos, ohne daß irgendeine Stimme aus der sogenannten „Kirchenschaft“ sich dagegen erhebt. Damit nicht genug: In allen Ecken und Enden versuchen die Vertreter der Kirche von der Gemeinde für ihre besonderen Zwecke zu erhalten. Man wird sich den Zehlendorfer Fall jedenfalls merken müssen, wenn im Rathaus neue Anträge auf Unterstufungen kommen.

„Kassenpatienten und ärztliches Berufsgeheimnis.“ Professor Dr. Adolf Gutmann, Bondsberger Straße 66/67, erfährt uns, mit Bezug auf unsere Veröffentlichung unter dieser Überschrift mitzuteilen:

„Während meiner Urlaubsreise veröffentlichte im „Groß-Berliner Kestzeblatt“ ohne mein Wissen und ohne vorher bei mir anzufragen mein Vertreter die Krankengeschichte einer Patientin. Hieraus ist zu ersehen, daß ich an dem gänzlichen unerquidlichen Vorgang vollkommen unbeteiligt bin.“

„Inferno-Vorstellung.“ Die Zentrale zur Bekämpfung unzüchtiger Bildwerke z. B. Berlin-Schöneberg, Borsbrunnstraße 48, hat, um der Beschäftigung die Möglichkeit zu geben, ihre Intercate, Statuen usw. vor Öffentlichkeit in den Zeitungen oder an den Geschäften auf ihre Unzüchtigkeit nachprüfen zu lassen und sie hierdurch vor Verurteilung zu bewahren, eine Interates-Kontrollstelle errichtet. Die Nachprüfung erfolgt für Mitglieder kostenlos, während von Nichtmitgliedern ein geringer Ansehensbeitrag erhoben wird.

„Enthalt und Feindschaft.“ Anfang September beginnen neue Anfängerkurse für Lehrlinge oder Vorlehrlinge für Ermahnen (Hörsaalunterricht) und für Kinder (Nachmittagsunterricht) bei Genossin H. z. B. Berlin W 50, Spichernstr. 16, Gartenhaus 3 Tr. (Untergrundbahn, Rönneberger Platz). Teilnehmern mit Vorwissen können den bescheidenen Mitteln (z. B. Überleitung) jederzeit beitreten. Anmeldungen am Dienstag, den 25. August, den 26. und Donnerstag, den 27. September, von 4—8 Uhr abends. Die Anmeldung kann auch schriftlich erfolgen. — Neue Anfängerkurse in Englisch beginnen im September für Berlin SO, NW und W (Charl.). Fortgeschrittene werden in bescheidenen Kursen aufgenommen. Unterricht und Anmeldung mündlich (24. bis 31. August, abends 7—8 Uhr) oder schriftlich beim Gen. U. n. t. o. w. e. r., Berlin W 57, Kurfürstendamm 21/22, II. Stg. II.

Deutsche Soldatengräber in Plymouth.

Ein englischer Parteigenosse in Plymouth teilt uns mit, daß folgende Gräber dort verstorbener deutscher Kriegsgefangenen auf dem Efford-Friedhof in Plymouth in gutem Zustand erhalten sind:

R. J. Koerner	gestorben 14. 6. 1919
B. Woolf	„ 15. 6. 1919
D. Hey	„ 16. 6. 1919
E. Böhrig	„ 16. 6. 1919
R. Help	„ 23. 6. 1919
Karl Hesse	„ 11. 6. 1919
Karl Boubel	„ 9. 11. 1919
Sergeant H. Schiffmann (Feldart.)	„ 16. 9. 1918

Der Plymouther Genosse schließt seinen Brief mit dem Anerbieten, Anfragen über diese Gräber zu beantworten, und mit folgendem Satz: „Ich bin einer von denen, die genötigt waren, am letzten Weltkrieg für den Imperialismus teilzunehmen, sehr zu meinem Schmerz und gegen meinen Willen“. Seine Adresse ist: Edward B. Rumbat, Plymouth, 4 A. Arnolds Point, England.

Groß-Berliner Parteinarbeiten.

21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. August. Nach Beendigung der Ferien haben zahlreiche die Kinderkrieger unter regelmäßig alle Diensttage von 3 bis 6 Uhr Mitt. Eltern, sendet rurs Kinder.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. August. Nach Beendigung der Ferien haben zahlreiche die Kinderkrieger unter regelmäßig alle Diensttage von 3 bis 6 Uhr Mitt. Eltern, sendet rurs Kinder.

Gewerkschaftsbewegung

Die Bauunternehmer kündigen die Aussperrung an.

Die B.S.-Korrespondenz meldet: Ein Beweis dafür, wie ernst die Lage von Arbeitgeberseite im Baugewerbe angesehen wird, ist die Tatsache, daß man sämtliche Maßnahmen für die Generalaussperrung getroffen hat, die auch durch den neuesten Schritt des Reichsarbeitsministeriums nicht ausgeführt worden sind. Falls es nicht in letzter Stunde noch zu einer Einigung kommt, werden am Freitag etwa 600 000 Bauarbeiter in Deutschland entlassen werden.

Wir werden ja sehen, ob die Unternehmer den Versuch machen werden, ihre Drohung zu verwirklichen: Daß sie mit dieser Drohung auf die Bauarbeiter gar keinen Eindruck machen, wissen sie.

Kann die Reichsbahn höhere Löhne zahlen?

Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, Bezirk Sachsen, schreibt uns:

Die Hauptverwaltung der Reichsbahn verbreitet wieder die Deffentlichkeit irreführende und die Eisenbahnerschaft unnötig erregende Nachrichten, wonach eine Lohnerhöhung automatisch eine Erhöhung der Tarifätze nach sich ziehen müsse. Es erhebt sich also die Frage, ob eine Erhöhung der Gehälter und Löhne der Reichsbahnangestellten auch ohne Tarifsteigerung möglich ist. Zur Abdeckung der Reparationsschuld hat die Reichsbahngesellschaft für das vom 1. Oktober 1924 bis 1. Oktober 1925 laufende Rechnungsjahr die Summe von 398 Millionen Reichsmark bereitstellen müssen. 200 Millionen sind davon als Zahlung vorgesehen. 198 Millionen müssen als Rücklage für das Rechnungsjahr 1925/26 bereitgestellt werden. Wie stellt sich nun die Betriebsrechnung in dem letzten Halbjahr ohne Berücksichtigung der Reparationsverpflichtungen dar?

Im März betrug die Bruttoeinnahmen der Reichsbahn-Gesellschaft 360 440 000 M. An Ausgaben stehen dem gegenüber 333 722 000 M., so daß sich also für März ein Ueberschuß von 26,727 Millionen Mark ergibt. Im April gestaltete sich das Rechnungsbild noch günstiger. Die Bruttoeinnahme betrug 388 645 000 Mark, der eine Ausgabeziffer von 318 398 000 M. gegenüberstand. März und April ein Ueberschuß von 70,249 Millionen Mark. Eine weitere Besserung, die zum Teil bereits auf die zehnprozentige Erhöhung der Personentaxen zurückzuführen ist, brachte der Monat Mai. Die Bruttoeinnahmen betragen 390 012 000 M., denen 314 556 000 M. Ausgaben gegenüberstehen, woraus sich ein Ueberschuß von 75,456 Millionen Mark ergibt. Für den Monat Juni liegen bis jetzt nur die Einnahmeziffern vor, die wiederum günstiger als die Märziffern sind. Die Bruttoeinnahmen betragen 390 642 000 M.

Durch die Erhöhung der Personentaxen ab 1. Mai d. J. um 10 Proz. erzielte die Reichsbahn-Gesellschaft auf einen Kilometer Betriebslänge für den Personenverkehr eine Mehreinnahme von 189 M. Insgesamt fleg die Einnahme der Reichsbahn-Gesellschaft aus dem Personenverkehr von 118 316 000 M. im April auf 127 963 000 M. im Mai, oder um 9 647 Millionen Mark. Demgegenüber steht eine Mehrausgabe von 2 823 954 M. im Mai gegen April, die auf die Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde bei einem Besatzungsstand von 402 700 Mann und einer Stundenleistung von 234 im Monat zurückzuführen ist. Es verbleibt der Reichsbahn-Gesellschaft aus der zehnprozentigen Personentaxenerhöhung, die auf Grund der Lohnsteigerung im Mai erfolgte, ein Reingewinn von 6 823 046 M. im Monat Mai.

Siegt man nun diesen Status zugrunde, zieht man nicht den Beamten- und Angestelltenabbau in Betracht, der nach wie vor von der Reichsbahn-Gesellschaft radikal betrieben wird, so würde trotz einer weiteren Lohnerhöhung im Mai um 5 Pfennige pro Stunde (also auf insgesamt 8 Pf.), die der Gesellschaft eine Mehrausgabe von 4 711 290 M. im Monat bringen würde, immer noch ein Reingewinn von 2 111 756 M. aus der Tarifserhöhung im Mai übrigbleiben. Dabei ist nicht berücksichtigt, daß die Einnahmen der Reichsbahn auch im Monat Juni eine fortschreitende Verbesserung erfahren haben. Sie betragen in der Zeit vom 1. bis 9. Juli durchschnittlich 17,5 Millionen Mark brutto pro Tag, in der Zeit vom 10. bis 16. Juli durchschnittlich 16,9 Millionen brutto pro Tag und in der Zeit vom 17. bis 23. Juli durchschnittlich 18,4 Millionen brutto pro Tag. Auch darf niemals vergessen werden, daß vor kurzer Zeit bei der Reichsbahn die Gütertariffrage herabgesetzt wurden und dadurch ein Einnahmeverlust von 300 Millionen Mark eintrat. Man möchte angeblich zur allgemeinen Preisherabsetzung beitragen. Aber der Industrie fiel es gar nicht ein, darauf zu reagieren, sondern diese fleckige die 300 Millionen selbst ein. Das gesamte laufende Publikum konnte trotz dieser Maßnahme bis heute eine fortlaufende Teuerung verspüren.

Der Presse werden über die jetzigen Mindest- und Höchstlöhne falsche Angaben gemacht, die der Richtigstellung bedürfen. Nach dem mit der Reichsbahn-Gesellschaft abgeschlossenen Lohnvertrag sind im Wirtschaftsjahre II (Sachsen) folgende Mindest- und Höchstlöhne zurzeit maßgebend. Ortsklasse A pro Stunde 21 bis 71 Pf., Ortsklasse B 20 bis 70 Pf., Ortsklasse C 19 bis 69 Pf., Ortsklasse D 18 bis 68 Pf., Ortsklasse E 17 bis 67 Pf. für ledige 16- bis 24jährige Arbeiter. Verheiratete erhalten 3 Pf. pro Stunde mehr und für je 1 Kind auch 3 Pf. Ortslohnzulagen werden nur für etwa acht in Ortsklasse A gelegenen Orten in Sachsen gezahlt. Die Reichsbahn-Gesellschaft hat es selbst in der Hand, durch angemessenes Entgegenkommen den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren.

Die Lohnbewegung der Modellsticker.

Wie wir bereits am Sonnabend mitteilten, herrscht in den Kreisen der in der Metallindustrie und den privaten Modellbetrieben beschäftigten Modellsticker eine starke Unzufriedenheit darüber, daß die Verdienste der in dieser Industrie Beschäftigten weit hinter denen der in der Holzindustrie Beschäftigten zurückbleiben. Der am 7. August für die Modellsticker der privaten Modellbetriebe gefällte Schiedspruch, der die Löhne ungefähr denen der Holzindustrie anglich und von den Arbeitern angenommen wurde, ist von

den Unternehmern abgelehnt worden. Ebenfalls die vom Holzarbeiterverband beantragte Verbindlichkeitsklärung.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß hinter der Ablehnung durch die Privatbetriebe der B.M.A. steht, da es an den niedrigen Löhnen dieser Gruppe ein begreifliches Interesse hat. Für diese Annahme spricht auch die auf die vom Metallarbeiter eingereichte Forderung von 1,05 M. Tariflohn und 25 Proz. Leistungszulage für qualifizierte Lohnsticker vom B.M.A. ergangene Antwort, daß er wohl Verhandlungen grundsätzlich nicht ablehne, sich aber keinen Erfolg davon verspreche. Der Holzarbeiterverband hat nun durch das Metallkartell noch einmal den B.M.A. dringend um Verhandlungen ersucht.

Eine außerordentliche Funktionärerversammlung am Montagabend, in der Picht über diese Dinge berichtete, nahm zu der Angelegenheit Stellung. Nach eingehender Diskussion wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: „Wenn im Verlauf dieser Woche in Verhandlungen den Holzarbeitern kein Entgegenkommen gezeigt wird, beauftragt die Funktionärerversammlung die Verwaltung, zu anderen Kampfmaßnahmen zu greifen. Eventuelle Anträge der Betriebe sind dann an die Ortsverwaltung zu richten.“

Es liegt nunmehr beim B.M.A., den drohenden Konflikt zu verhindern. Die Situation ist jedenfalls außerordentlich ernst.

Die ohnmächtige KPD.

Die Kommunisten schreien fortgesetzt nach „Verbreiterung der Kampffront“, nach Generalkampf und „revolutionärer“ Aktion. Steht aber eine Arbeitergruppe im Kampf, dann sind die Volksgewissen nur fähig, sie mit leeren Phrasen zu füttern. Jemande wirksame Unterstützung, die es den Arbeitern ermöglicht, gegen die Unternehmer auch wirklich zu kämpfen, vermag die gesamte KPD. samt ihrer NSH. nicht zu organisieren.

Davon wissen bei dem gegenwärtigen hartnäckigen Kampf im Baugewerbe insbesondere die sich fälschlich „ausgeschlossen“ nennenden Bauarbeiter ein Lied zu singen. Ihre aus unläuterer Konkurrenz möglichst niedrig gehaltenen Beiträge gehen drauf zur Unterhaltung des Verwaltungsapparates. Seht es einmal zum Kampf, dann muß sofort der Ringelbeutel geschwungen werden. Es ist begreiflich, daß die Arbeiterschaft sich weigert, auf kommunistische Sammelkassen zu zeichnen. Man weiß aus alter Erfahrung, daß den Streikenden meist nur ein geringer Teil der gesammelten Beträge zukommt, der Hauptteil in die kommunistischen Parteikassen verschwindet. Im übrigen ist die Arbeiterschaft der Ansicht, daß die KPD. sich nicht in die Führung von Wirtschaftskämpfen einzumischen hat, die Ausgabe von Sammelkassen Sache der Gewerkschaften ist.

Die „Rote Fahne“ versucht für die kommunistische Pleite im Bauarbeiterkampf den DGB. verantwortlich zu machen. Sie fragt, was dieser zur Unterstützung der Bauarbeiter tun will. Sie meint nämlich die „Ausgeschlossenen“.

So ist's richtig! Erst lockt man die Arbeiter aus den Gewerkschaften heraus, verspricht ihnen das Sowjetparadies, wenn sie sich „selbständig“ machen, und wenn dann die Pleite da ist, ruft man nach dem DGB.

Im übrigen wissen die Bauarbeiter, daß die Mitglieder des Baugewerksbundes nach wie vor die volle Streikunterstützung erhalten, dank der finanziellen guten Fundierung der Organisation und dank der Opferwilligkeit der in Arbeit stehenden Bauarbeiter. Sie haben also eine Hilfsaktion des DGB. nicht notwendig. Das gleiche kann von den anderen freien Gewerkschaften gesagt werden. Was aber die „Ausgeschlossenen“ betrifft, so ist für diese allein die KPD. verantwortlich und zuständig. Die irreführenden „Ausgeschlossenen“ erfahren jetzt am eigenen Leibe, weihen die KPD. fähig ist. Sie können Vergleiche anstellen zwischen ihrer Lage und der der „verratenen“ Mitglieder des Baugewerksbundes und dann feststellen, wer in Wirklichkeit verraten ist.

Ein Lehrgang für Werkmeister.

In der staatlichen Wirtschaftsschule in Düsseldorf beginnt ein besonderer Kursus für die Mitglieder des Deutschen Werkmeisterverbandes (St. Düsseldorf). Die Zahl der Teilnehmer aus allen Gebieten Deutschlands beträgt 45. Der Kursus dauert bei vollem Tagesunterricht 14 Tage. Für die Mitarbeiter sind neben den hauptamtlichen Dozenten der Wirtschaftsschule eine Reihe hervorragender Fachleute gewonnen. Die neuesten Fragen auf dem Gebiete der Wirtschaft, der Sozialpolitik und des Arbeitsrechts kommen zur Behandlung.

Auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik behandelt Dr. Berger-Bochum „Fragen der Schwerindustrie“, Dr. Halaschke-Heidelberg „Fragen der Weltwirtschaft“, Dr. Schütz-Düsseldorf „Die Rationalisierungsbestrebungen der deutschen Wirtschaft“, Kurt Heineg-Berlin „Fragen der Handelspolitik“, Dr. Rempen-Düsseldorf „Der Stand unserer Handelspolitik“, Dr. Seelbach-Düsseldorf „Die wirtschaftliche und soziale Lage in England“. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik spricht Universitätsprofessor Dr. Rumpmann über „Staat und Sozialpolitik“, Reichs- und Staatskommissar Mehlich über „Schlichtungswesen“, Rechtsanwält Dr. Abel-Essen über „Kollektives Arbeitsrecht“, Verwaltungsdirektor Lohmar-Köln über „Reichsunfallversicherung“, Landesrat Dr. Scheffmann-Düsseldorf über „Anwaltsversicherung“, E. Kroll-Düsseldorf über „Arbeitslosenversicherung“, Landesrat Gerlach-Düsseldorf über „Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge“. Außerdem geht Dr. Langenberg-Düsseldorf auf die neuesten Fragen auf dem Gebiete der Psychotechnik, B. Herschel-Düsseldorf auf dem Gebiete des Verfassungswesens ein. Eine Reihe von Besichtigungen unter fachmännischer Führung z. B. die Besichtigung einer Sägeerei nach amerikanischem Muster, des Duisburger Hafens und eine Wanderung nach der Münstener Brücke sollen die Studien durch reiche Anschauungen ergänzen.

Der Deutsche Werkmeister-Verband hat sich stets eingehend mit den Bildungsaufgaben seiner Mitglieder befaßt. Die neuere Entwicklung der Technik, die moderne Betriebsorganisation, die rationelle Durchdringung unseres gesamten Lebens in Verbindung mit der gegenwärtigen großen Wirtschaftskrise und der damit zusammenhängenden sozialen Umwälzung zwingen den Werkmeister von heute dazu, sich mit all diesen Fragen eingehend auseinanderzusetzen.

Einmütige Ablehnung der Bergarbeiter.

Essen, 25. August. (W.Z.) Die von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, haben die vier Bergarbeiterverbände an den Reichskommissar Mehlich ein gemeinsames Schreiben gerichtet, in dem sie den am 19. August gefällten Lohnschiedspruch einmütig ablehnen.

Fortdauer des französischen Bankbeamtenstreiks.

Paris, 25. August. (U.) Der Bankbeamtenstreik dauert in unverminderter Heftigkeit an. Die Zahl der Streikenden erreichte heute eine Rekordziffer. Nichts läßt darauf schließen, daß der Streik bald zu Ende geht. Zudem fliehen den Bankbeamten seit einigen Tagen aus den Kassen der Gewerkschaften und aus nationalen Sammlungen erhebliche Beträge zu. Der sozialistische Bürgermeister von Bordeaux, der Abgeordnete Marquert, hat an die Bürgermeister größerer Städte wie Lille, Orleans, Marseille ein Schreiben gerichtet, in welchem er vorschlägt, daß die Bürgermeister eine Abordnung zu dem Ministerpräsidenten entsenden mit der Bitte, in dem Streik zu intervenieren.

Trohender Generalstreik in der polnischen Metallindustrie

Warschau, 25. August. (U.) Die Schlichtungsversuche im Metallarbeiterstreik sind als ergebnislos abgebrochen worden. Der Ausbruch des Generalstreiks wird nunmehr bereits Mittwoch erwartet.

Auch die faschistischen Gewerkschaften müssen kämpfen.

Mailand, 25. August. (U.) Die Folgen der Inflation machen sich in Italien in jüngster Zeit mehr und mehr durch Lohnkämpfe bemerkbar, so daß der Ministerpräsident in die Lohnkämpfe eingreifen mußte. Er besprach sich längere Zeit mit dem Präsidenten des Allgemeinen Industriellenverbandes und fern mit dem Leiter der faschistischen Gewerkschaften. Dieser erklärte, daß seine Organisation einen Feldzug auf Lohnerhöhung einleiten wolle, der infolge der Vira-Entwertung und der Einführung der Getreidezölle notwendig geworden sei.

Sport.

15. Bokkämpfstag im Usp. Die gestrigen Kämpfe wurden wieder nach amerikanischem System ausgetragen, wonach nur ein l. o. Sieg entscheidet. Im Weltgewicht kämpfte Striesel (Berlin) gegen Karl von Seeboven (Berlin). Es hagelte Haken und Schwinger, da aber nur mit 8 Unzen Handschuhen und weichen Bandagen gekämpft wurde, langte es nicht zu einem Niederschlag. Es dürfte überhaupt sehr schwer sein, mit weichen Bandagen in 4 Runden bei ungefähr ebenbürtigem Gegner einen l. o. Sieg herbeizuführen. Die Gegner trennten sich unentschieden. Im Leichtgewicht traf Otto Griefe (Berlin) auf den sehr flinken und harten Schwäger Charlie Häcker (Berlin). Der Kampf wurde von Häcker, der das Tempo angab, 4 Runden durch flott geführt. Mehrmals landete Häcker bei seinem Gegner rechte Schwinger, die diesen aber nicht zu erschüttern vermochten. Griefe gab hin und wieder gut zurück, war im allgemeinen aber zu schwerfällig und dem gelenkigen Häcker gegenüber dadurch sehr im Nachteil. Da kein Niederschlag erfolgte, endete auch dieser Kampf unentschieden.

Bokkampfsamson-Breitensträter.

Der große Entscheidungskampf zwischen Samson und Breitensträter findet nunmehr bestimmt in Berlin statt. Der Termin für die bedeutendste Bewegung ist auf den 11. September festgelegt. Jeder den Kampfplatz schwebend noch Verhandlungen, weil die ursprüngliche Idee, den großen Kampf in einer freiluftbaren Halle stattfinden zu lassen, wegen der damit verbundenen Abhängigkeit vom Wetter, fallen gelassen wird.

Goldenes Rad am Mittwoch in Trepstow. Ermöglicht durch den Erfolg, den Trepstow am letzten Sonntag zu verzeichnen hatte, wartet die Direktion für 10 m e n d e n M i t t w o c h von Neuen mit einem großen Programm auf. An diesem Tage wird das höchste große und kleinste goldene Rad abgefahren werden. Zu dem großen goldenen Rad sollen vier der zurzeit besten deutschen und ausländischen Fahrer herangezogen werden. Als erster wurde S a w a l l verpflichtet, welcher in Amsterdamm nur durch Wech aus dem Vorlauf ausgeschieden ist. Als zweiter kommt wieder R i q u e l hinzu, welcher am Mittwoch trotz seiner noch nicht verheilten Wunden ein prachtvolles Rennen fuhr. Mit dem kleinen goldenen Rad will die Direktion eine Rennerung einführen, indem dieses Rennen, das über 10 und 20 km geht, hinter Leichtmatoren, die speziell für die Trepstower Bahn gebaut wurden, gefahren wird. Hierzu werden fünf Fahrer verpflichtet, die sämtlich von bekannten Trepstower Schrittmachern geführt werden sollen. Die Rennen beginnen diesmal um 7 1/2 Uhr.

Verantwortlich für Volltext: Graf Kauter; Wirtschaft: Klaus Salernus; Gewerkschaftsbewegung: Dr. Göttern; Freizeitsport: Dr. John Salernus; Politik und Sonstiges: Fritz Kersting; Amerikaner: Dr. Göttern; fälschlich in Berlin. Verlag: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Verlag, Berlin und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin G. B., Lindenstraße 2.

Erfahrene und Kauflose
zur jetzigen Hauptziehung der Preussischen Staatslotterie
sind noch zu haben in der
Lotterie-Einnahme von Karl Gehrie
Berlin W., Potsdamer Str. 3, am Potsdamer Platz
Rauendorf 425, 426.
Bestellungen auf Lose erster Klasse
werden schon jetzt entgegen genommen.

Haben Sie Wanzen?
So gebrauchen Sie Mothesin.
Unschmerzhaftes Spezial-Mittel zur radikalen Beseitigung der Wanzen und deren Brut. Absolut sicher und schnellste Wirkung.
Preis Flasche 1,-, 2,50 und 4,- M. Nur allein echt bei
Arth. Mothes, Berlin R. 21, Södelnieder Straße 41.
Erg. Schwaben, Ruffen, Franjos. u. flöhe ulm. Watten nicht Brut
bei nur meine als vorzügl. anerk. Spezial-Mittel in G. 2 L. - M.

Billige Preise
Rest- u. Einzelpaare
Hochelegante Luxusachen sowie solide Straßenschuhe
in gutem Material und guter Ausführung

Herrnstiefel 8 90
echt Rindbock 2.50 TL 80
Orig. Goodyear Welt 12 50
echt Goodyear, Halbschuhe und Stiefel, sehr
gute Fabrikat

Halbschuhe und Stiefel 9 80
gute Fabrikat, mit u. ohne Einsätze, hochlegant
u. schick. . . 7.50 12.50 14.50 16.50

Damen-, weiße Leinenschuhe 1 95
sehr gutes Fabrikat, gute
Kernlederrollen, Schuhe und Pumps
alle Größen teils Spang: 2.00, 3.00

Kinderstiefel u. Halbschuhe, Turnschuhe, Sandalen, Hausschuhe usw.
in großer Auswahl, billig in guten Qualität

Lack-Damen-Schnür- u. Spangenschuhe, gutes Material, Größe 35-38 9 80

Original Goody-Welt-Damen-Halbschuhe, braun und schwarz, erstklassiges Material, Größe 35-38 7 90

Lack, braun u. schwarz Boxkalf u. Roßchevreau, Sämischleder etc. etc., Pumps, Schnür und Spange 3 90
4.90, 5.90, 7.90, 9.80, 11.90

Alle Größen Echt Louis-XV.-Absatz 9 80

Damen-Spang- und Schnürschuhe, amerikanischer Absatz, sehr modern 5 90
6.00

Schuh-Sokal
Münzstr. 25 // Kollbuser-Damm 13 // Frankfurter-Allee 54